

Dresdner Volkszeitung

Verlagsort: Dresden.
Raben & Komp., Nr. 20618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Verlag: Gebr. Arnold, Dresden.

Abonnementpreis einschließlich der Postgebühren monatlich 2,00 M. Durch die Post bezogen monatlich 2,10 M., unter Umständen für Familien und Vereine ermäßigter Preis.
Kleinanzeigen-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.
Sprechstunde von 12 bis 1 Uhr.
Erscheinung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.
Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 7-spaltige Reklameweile 20 Pf., 5-spaltige Reklameweile 15 Pf., 3-spaltige Reklameweile 10 Pf. Bei mehrmaliger Auftragsnahme. Inversteht in Vorauszahlung. Eine Verpflichtung zur Aufnahme an den geschriebenen Tagen kann nicht übernommen werden. Für Briefüberlegung 20 Pf.

Nr. 292

Dresden, Donnerstag den 18. Dezember 1919

30. Jahrg.

Die Wacht im Osten

Minister Hirsch über die Ostprovinzen

Berlin, 18. Dezember. Ministerpräsident Hirsch teilte einem Mitarbeiter des Berliner Tageblattes über seine Reise durch Ost- und Westpreußen u. a. mit: Ich kann Ihnen zu meiner Freude sagen, daß die allgemeine Stimmung vorzüglich ist. Dafür bürgt uns ja auch die fernliegende deutsche Bestimmung gerade jener Landesteile. Dagegen hört man in ökonomischer Hinsicht große Klagen, insbesondere über den Kohlenmangel und über die Verwahrlosung der Zwangsvertriebenen. Auf Ihre Frage über die militärische Sicherung der Grenze kann ich nur bejahen, daß mir allgemein der Wunsch ausgedrückt worden ist, daß die Regierung umfassende Schutzmaßnahmen treffen möge. Die vorhandenen Einwohnervorposten reichen natürlich keineswegs aus, um das Land gegen einen Einfall von Osten oder Nordosten zu schützen.

Die Bevölkerung ruft nach, daß mit dem Augenblick der Befreiung aus den Händen der Bolschewiken die Wachen auf Grund des allgemeinen Wahlrechts ausgerufen werden. Bei diesen Wahlen werden die Sozialdemokraten nicht abgesehen und verstanden, daß das bisher ihnen vorerzählte Wahlrecht zu erkämpfen. Die Einheitsfront im Kampfe gegen das Bolschewikentum wird dadurch ganz nicht gestört. Es liegt aber auf der Hand, daß hieran nicht die Sozialdemokraten die Schuld tragen, sondern die bürgerlichen Parteien, die sich nicht zu einem Verzicht auf ihre Vorrechte aufzulassen konnten. Meines Erachtens liegt gegenwärtig kein Grund vor, den Ausnahmezustand über einzelne Teile des Ostpreußengebietes zu verhängen. Im Gegenteil, ich habe die Hebung der Lage der Zwangsvertriebenen in den Ostpreußenprovinzen als einen der Hauptaufgaben der Regierung angesehen, die zu seiner Verhängung geführt haben, werden nicht mehr, so daß kein Grund mehr vorliegt, ihn aufrechtzuerhalten.

Was Königsberg anbelangt, so ist das ohnehin schon im Verhängnisstand geblieben dort zusammengepackten sei. Oberpräsident Hirsch erklärte ihm mit einer Ansprache, worin er die schwere und innere Lage der Provinz betonte und u. a. mitteilte, daß sich eine Veränderung durch den Reichswahlminister eine Reichswahlperiode in Annahme sei, um den Grenzschutz zu verstärken.

Bernhardt Anwaloff bei Roste.

Berlin, 18. Dezember. Der als Führer der westrussischen Armee bekannte Oberst Bernhardt Anwaloff ist gestern in Berlin eingetroffen und wird sich demnächst mehrere Tage hier aufhalten. Oberst Anwaloff, ein kaukasischer Herr, der mit seiner etwa 5000 Mann starken Truppe in Reife und Kisten nach Deutschland ist, hatte an die zuständigen Behörden und an das Reichswehrministerium die Bitte gerichtet, mit freiem Geleit nach Berlin kommen zu dürfen, um hier mit den in Frage kommenden Behörden über verschiedene, die russischen Truppen betreffende Angelegenheiten zu verhandeln. Oberst Anwaloff begab sich in das Reichswehrministerium, wo er vom Reichswehrminister empfangen wurde. Er dürfte voraussichtlich in dieser Woche nach Reife zurückkehren. Ueber die Zukunft des russischen Obersten und die seiner Truppen sind bestimmte Beschlüsse bisher noch nicht gefaßt worden.

Die Integrität Deutschösterreichs

Wien, 17. Dezember. Heute vormittag erschien beim Staatskanzler Dr. Renner ein Beamter des Österreichischen Bundesrats, um eine von Clemenceau unterfertigte Note zu überreichen. Der Beamte bemerkte hierzu, daß die in dieser Note wiederholten Entschuldigungen spontan und aus eigener Überzeugung gefaßt und kann vor dem Erscheinen des Staatskanzlers beim Österreichischen Bundesrat feierlich werden. Der Wortlaut der Note ist folgender:

Herr Staatskanzler!

Die Aufmerksamkeit der verbündeten und assoziierten Mächte wurde auf gewisse Agitationen gelenkt, die von österreichischen Seiten den Zusammenhalt und sogar die Integrität der österreichischen Länder bedrohen. Die vom Vorkriegsregiment bei der Wiener Regierung unternommenen Schritte, um das Selbstbestimmungsrecht dieser Provinzen anzuerkennen zu lassen, sollen mit jenen Bewegungen zusammen, die sich dahin richten, sei es den Vertrag von Trianon, sei es die in den Verträgen des Wiener Kongresses enthaltenen Bestimmungen, die die Integrität der österreichischen Länder sichern, zu verletzen. Diese Bewegungen sind dem Österreichischen Bundesrat als Bedrohung der Integrität der österreichischen Länder zu betrachten. Die verbündeten und assoziierten Mächte wollen daher feierlich erklären, daß sie die Integrität der österreichischen Länder zu wahren beabsichtigen. Diese Erklärung ist dem Österreichischen Bundesrat als Bedrohung der Integrität der österreichischen Länder zu betrachten. Die verbündeten und assoziierten Mächte wollen daher feierlich erklären, daß sie die Integrität der österreichischen Länder zu wahren beabsichtigen.

Die verbündeten und assoziierten Mächte wollen daher feierlich erklären, daß sie die Integrität der österreichischen Länder zu wahren beabsichtigen. Diese Erklärung ist dem Österreichischen Bundesrat als Bedrohung der Integrität der österreichischen Länder zu betrachten. Die verbündeten und assoziierten Mächte wollen daher feierlich erklären, daß sie die Integrität der österreichischen Länder zu wahren beabsichtigen.

Von dem Bunde geleitet, den Bestand Österreichs in den Grenzen überwiegen, die ihm angewiesen worden sind, und entschlossen, die Bestimmungen des Friedensvertrags von Saint Germain zur Geltung zu bringen, erklären die verbündeten Mächte, daß sie sich allen Versuchen widersetzen, die geeignet sind, die Integrität des österreichischen Gebietes zu beeinträchtigen, oder die im Gegensatz zu den Bestimmungen des Artikels 28 des erwähnten Vertrags in irgendeiner Weise, sei es unmittelbar, sei es mittelbar, die politische oder wirtschaftliche Unabhängigkeit Österreichs beeinträchtigen müßte. Gleichmütigen Sie, Herr Kanzler, den Ausdruck meiner großen Hochachtung.

Verpfändung des Tabakmonopols

Paris, 17. Dezember. Nach den Ausführungen des Staatskanzlers Dr. Renner teilte Louchet als Vorsitzender der Reparationskommission den Beschlüssen des Obersten Rates mit, zunächst die bereits gemeldete sofortige Abfindung von 30000 Tonnen Getreide nach Österreich zu veranlassen. Renner würde die verbündeten Südländern einen Kredit gewähren zur Lieferung von Lebensmitteln an Österreich. Binnen einer Woche solle entschieden werden, welche von den gegenwärtig der Reparationskommission verpfändeten österreichischen Krediten die verbündeten Südländern zur Verfügung gestellt werden sollten. Der Oberste Rat kamte weiter zu, die Verpfändung des österreichischen Tabakmonopols an ein vollständiges Konsortium zum Abschluß zu bringen. Der hierbei zunächst zu erzielende Vorschlag von 30 Millionen holländischer Gulden wäre in erster Linie zu dem Lebensmittellieferanten zu verwenden. Nach Dankworten Dr. Renners ließ die folgende Aussprache erkennen, daß der Oberste Rat gewillt sei, den Wünschen Österreichs möglichst entgegenzukommen.

Die österreichische Presse ist mit dem Ergebnis von Renners Reise durchaus nicht voll zufrieden. Nicht wenige, um damit ein dürftiges Leben für ein paar Wochen weiterzuführen, können und wollen wir brauchen eine große Anleihe, daß wir Hoffnungen und damit wieder Arbeit bekommen. Auf diesen Ton etwa sind alle Blätter gestimmt. Immerhin begrüßen es einzelne Zeitungen freudig, daß nun wenigstens der direkte Verkehr zwischen der Regierung und den Herren der Welt hergestellt sei.

Deutschlands Kriegsmaterial

Amsterdam, 17. Dezember. Telegramm meldet aus London:

Churchill teilte im Unterhause mit, daß Deutschland den Bestimmungen des Waffenstillstandes zufolge noch ausliefern müsse 5000 Geschütze, 25000 Maschinengewehre, 3000 Panzerabwehrkanonen und 1700 Flugzeuge. An Lebensmittelmateriale seien noch auszuliefern 43 Lokomotiven und 460 Waggons. Ein Parlamentsmitglied fragte den Minister, ob er nicht bestimmen könne, daß keine deutschen Spielwaren eingeführt werden dürfen bevor Deutschland alle Maschinen ausgeliefert habe. Churchill antwortete, er sei der Ansicht, daß die Deutschen sich aus äußerster Not bemüht hätten, die schweren Bedingungen auszuführen, die ihnen auferlegt wurden.

Wilhelms Auslieferung

Osaka, 18. Dezember. Der Japaner Guardian meldet: Die Reichsregierung der Krone, Sir Gordon, Foxart und Jullia, wohnen Sonnabend der Konferenz in Tokio. Während der Diskussion über den Vertrag gegen den deutschen Kaiser wurde über die Abfindung einer gewissen Note der Alliierten an die holländische Regierung, die die Abfindung des Kaisers fordern wird, verhandelt.

Der Rat der Ratlosen

Wien, 18. Dezember. Das Neue Wiener Journal meldet, daß in Wien zwischen Vertretern der russischen Parteien und Ententevertretern Verhandlungen über den Wiederaufbau Russlands auf demokratischer Grundlage eingeleitet worden sind. Als Voraussetzung für die Verhandlungen mit Moskau soll der Rücktritt Lenins und Trozki sowie Umwidmung des Ministeriums durch die Volkskommissare Sinowjew und Tschitscherin gelten. Es heißt, daß der scheidende Außenminister Dr. Benesch, der schon in Paris mit Kerenski verhandelt, und Dr. Ramarsch, der den zu den Abdetten hält, ebenfalls demnächst in Wien mit den Russen konferieren werden. Auch die polnische Regierung habe zu den Beratungen einen Delegierten entsandt. Ferner sei der nach dem ukrainischen Zusammenbruch nach Rumänien entflohenen Herrscher Petljura ebenfalls pöblich in Wien aufgetaucht.

Vom Standpunkt der Satten

In dem Organ des Verbandes sächsischer Industrieller wird unter dem Vorgeben, es sei nötig, eine produktive Erwerbslosenfürsorge einzuleiten, eine Betrachtung der Arbeitslosenfrage veröffentlicht, die ein vom kapitalistischen Standpunkt aus herbeigestelltes Herrbild der Sachlage gibt, aber fälschlich bei positiven Vorschlägen zur praktischen Zurückerhaltung der eigenen Anregung verfaßt. In daß der Eindruck erweckt wird, es sei dem Industriellenstand nur um eine planmäßige Verdrängung der Erwerbslosen zu tun gewesen. Doch geben wir dem genannten Blatt selbst das Wort:

Wie weit in die Kreise der Sozialdemokraten hinein ist man übergeht, daß das heutige System der Erwerbslosenfürsorge unhaltbar ist, denn es beruht auf dem obersten Grundgedanken der Sozialpolitik im Gesicht. Weiden wir dabei, Arbeitslose ohne Unterschied ihrer Arbeitswilligkeit, der Dauer ihrer Arbeitslosigkeit und zu unterstützen, so ergeben wir ein Heer von Sozialpelzen. Außerdem aber wird die Sozialdemokratie schwer geschädigt. Eine Lösung, die für manchen Arbeitslosen unerschwinglich ist, soll er sich erzwungen noch einer neuen Erklärung umsehen, wird durch die bisherige Bemessung fälschlich, denn auch in der Arbeitslosen gibt es Abstufungen: der ausgeübte Beruf, der sich von jeder Arbeit brüht, aber mit lösenden Worten das „Recht auf Arbeit“ im Munde führt, da sind jene bedingungslos Arbeitswilligen vorhanden, die nicht jeder Beschäftigung anhaltend sind, die aber sehr unangenehm werden können, sobald die Beschäftigung in Arbeit aussetzt; da findet man jene Willensschwachen, die zwar eine Arbeit, die ihnen vom Arbeitsnachweiser angeboten wird, nicht zurückweisen, denen aber die Energie fehlt, geeignete Arbeit selbst auszuführen. Früher müßten sie das, weil die Natur dazu zwang. Heute werden diese Leute von der Allgemeinheit unangenehm durchgeführt. Das eben ist das Gefährliche an unfler heutigen Erwerbslosenfürsorge: daß sie Armeen von Schmarotzern schafft. Jede Arbeitslosenunterstützung, die vom ersten Tage der Arbeitslosigkeit an und noch dazu auf unbegrenzte Zeit gewährt wird, muß dies tun. Sie erreicht das um so leichter, wo es sich um Menschen handelt, die noch an anderer Stelle einen wirtschaftlichen Rückhalt haben. Es wird nur noch der Unterschied zwischen dem Lohn und der Erwerbslosenunterstützung als tatsächliches Arbeitseinkommen gerundet. So schnell haben wir Tausende von Menschen zu Sozialparasiten „erzogen“. Es soll gar nicht geleugnet werden, daß die heutige Erwerbslosenfürsorge weit davon entfernt ist, eine ideale Einrichtung zu sein und die Einleitung einer Arbeitslosenversicherung, worauf auch der Artikel schließlich hinzielt, ein dringliches Gebot ist. Doch das ist eine Aufgabe für die Zukunft. Die heutige Arbeitslosigkeit aber ist eine Folge des Krieges, besonders der wirtschaftlichen Lähmung, die mit dem Scheitern aufs engste verbunden und durch die schwere Niederlage aufs äußerste gesteigert worden ist. Unter solchen Verhältnissen würde die Erwerbslosenfürsorge eine Aufgabe der Kriegswirtschaftspflege, die bereits während des Krieges geübt worden ist, aber nach dem militärischen Zusammenbruch erst größere Bedeutung gewonnen hat. Die Erwerbslosen sind Opfer der durch den Krieg verursachten Wirtschaftskrise und haben daher ein Anrecht auf Unterstützung.

Es mag sein, daß vereinzelt Arbeitslose die Erwerbslosenfürsorge missbrauchen, daß diese aber im allgemeinen dazu führe, Handhilfe zu erzielen, muß entschieden bestritten werden. Schon der mit der Arbeitslosenunterstützung verbundene Arbeitsnachweis ermöglicht es, Arbeitslose von der Unterstützung auszuschließen. Es ist in der angeführten Allgemeinheit auch nicht richtig, daß die heutige Art der Erwerbslosenunterstützung, die Energie beibringt, sich selbst Arbeit zu suchen. Wer Arbeitslose nähergetreten ist, weiß, daß sie sich nicht leicht nach Beschäftigung bemühen und die Weichen sich nach Arbeit setzen. Soweit das nicht aus eigenem Antrieb geschieht, da bilden schon die jetzt völlig ungenügend gewordenen Unterstützungsämter einen Ansporn. Auch heute steht ärger sogar als es zu verantworten ist, die Not als Dränger hinter den Arbeitslosen. Wenn es ausreichend Arbeitsgelegenheit gäbe, würde sich glatt zeigen, daß die Arbeitslosenfrage völlig beiseite wäre und solche Verdächtigungen, wie sie der zitierte Artikel enthält, im allgemeinen völlig unerschäftigt sind. Eine solche, von keiner Kenntnis der Arbeitslosennot getriebene Betrachtung kann nur vom geschickten Standpunkte der Seiten und Wohlhabenden zustande kommen, der sich für immer davor gewahrt glaubt, niemals das Erwerbslosentend am eigenen Leibe kennen zu lernen.

Wie schon erwähnt, verläßt der Artikel fälschlich bei den positiven Vorschlägen für eine vermeintliche produktive Erwerbslosenfürsorge. Gefordert wird die Arbeitslosenversicherung nach Genter System. Darüber ließe sich gewiß reden, für die Arbeitslosennot der Gegenwart ist damit aber nichts getan, ganz abgesehen davon, daß sich diese Einrichtung selber nur unter normalen Verhältnissen bewährt hat. Außerdem aber empfiehlt der Artikel, lieber Zuckrübe an produktionswillige Betriebe zu geben und sie in Form von Löhnen an bisher Arbeitslose zu zahlen, die dadurch der produktiven Arbeit zurückgewonnen werden können“. Dieser Vorschlag zielt nur darauf, daß sich der Verfasser von den Arbeitslosen ein falsches Bild und er sie fälschlich als Arbeitslose ein